

Was im schlimmsten Fall im Euro-Raum passiert

Geld Die Krise der gemeinsamen Währung hat den Kontinent noch immer im Griff, der Fall Griechenland ist ungelöst. Für den Chefvolkswirt der Unicredit-Bank ist Besserung in Sicht. Ein anderer Experte ist deutlich pessimistischer

VON MICHAEL KERLER

Augsburg Die Europäische Zentralbank flutet den Markt mit über einer Billion Euro, in Griechenland steht die neue sozialistische Regierung der Zusammenarbeit mit der Troika der internationalen Geldgeber kritisch gegenüber. Was bedeutet das für die Zukunft des Euro-Raums? Eine Veranstaltung in Augsburg offenbarte zwei Sichtweisen – ein Fachmann ist optimistisch, ein anderer befürchtet Schlimmes.

Der Optimist: Europa fasst Tritt

Für den Chefvolkswirt der italienischen Bank Unicredit, Erik F. Nielsen, ist Besserung in Sicht. Dies macht er auf der Podiumsdiskussion der „Wissenschaftlichen Gesellschaft für Prüfung und Controlling an der Universität Augsburg“ zur Finanzkrise deutlich, die in den Räumen der Industrie- und Handelskammer Schwaben stattfand.

● **Die Einkommen steigen** „Das Wachstum kehrt zurück“, sagt Nielsen. Für ihn wird 2015 „ein gutes Jahr“. Die Probleme der Euro-Zone seien nicht gelöst, aber man

habe sie so weit im Griff, dass die Wirtschaft sich erholt. Das gilt auch für Südeuropa. Ölpreis und Inflation sind niedrig. Damit steigen in Ländern wie Italien die realen Einkommen. „Das ist gut für die Haushalte“, gut für den Konsum und für das Wachstum.

● **Die Reformen wirken** Die Länder in Südeuropa hätten gespart, der Arbeitsmarkt in Portugal, Italien oder Griechenland sei heute liberaler als in Deutschland. Reformen verursachen kurzfristig Schmerzen, langfristig sollen daraus aber Gewinne entstehen, sagt Nielsen. In Portugal und Spanien gebe es Erfolge, das Wachstum kehrt zurück.

● **Der Staat investiert** Um weiteres Wachstum anzustoßen, müssten die Staaten mehr investieren, argumentiert Nielsen – selbst wenn dies mit höheren Staatsausgaben verbunden ist. Nielsen hält also wenig von der sparsamen schwäbischen Hausfrau: „Staaten haben andere Ziele als Haushalte“, lautet seine Überzeugung. Für ihn gibt es in Europa viel zu tun. Brücken seien marode, in der Informationstechnologie hinke Europa hinterher. Das Beharren der Bundesregierung auf der „schwar-



Einer sieht den Euro-Raum weiter in der Krise, für den anderen ist Besserung in Sicht: Moritz Krämer von Standard & Poor's (links) und Unicredit-Chefvolkswirt Erik F. Nielsen debattierten in Augsburg über Europas Zukunft. Foto: Fred Schöllhorn

zen Null“ – dem ausgeglichenen Haushalt – hält er für einen Fehler.

● **Griechenland-Austritt** Für den Optimisten Nielsen ist selbst ein Euro-Austritt Griechenlands verkraftbar. Dieser wäre zwar für Griechenland selbst ein Problem: Die Wirtschaftsleistung könnte um 30 Prozent einbrechen. Was aber Europa als Ganzes betrifft, wäre der „Grexit“ keine Katastrophe mehr, meint Nielsen. Die Märkte würden nicht gegen

Portugal oder Italien spekulieren, die Ansteckungsgefahr sei gering.

Der Pessimist: Jahrelange Lähmung

Moritz Krämer beobachtet bei der Rating-Agentur Standard & Poor's die wirtschaftlichen Aussichten der Euro-Länder. Für ihn sind die Probleme längst nicht gelöst.

● **Überschuldung** Die private Verschuldung von Haushalten und Un-

ternehmen in Südeuropa sei zu hoch. Dies sei ein Hauptthema für das Wachstum. „Einige Jahre an Aufräumarbeiten liegen vor uns.“

● **Wirkungslose Staatsausgaben** Selbst wenn die Staaten mehr in Schulen oder Brücken investieren würden, dann habe dies auf die Konjunktur keinen großen Effekt.

● **Reformmüdigkeit** Die EZB mag bald über eine Billion Euro in den Markt pumpen. Die nötigen Reformen im Steuer- oder Rentensystem müssen Länder wie Frankreich oder Italien aber selbst anpacken. „Die EZB kann Zeit kaufen, aber keine Strukturprobleme lösen.“ Dazu kommt ein Dilemma: Mit dem billigen Geld der EZB lässt der Reformdruck weiter nach. Je länger außerdem die Reformen dauern, je größer die Härten sind, desto ungeduldiger wird die Bevölkerung.

● **Populismus** In Europa gewinnen Protestbewegungen und populistische Parteien an Kraft. Damit wird es schwieriger, „kooperative Lösungen zu finden“, warnt Krämer. Die Folge: Probleme bleiben ungelöst.

Welches Szenario am Ende Wirklichkeit wird, darüber bestand am Ende der Debatte keine Einigkeit.